

Satzung

Zum Schutz des Baumbestandes in der Gemeinde Blankensee (Baumschutzsatzung)

Auf der Grundlage von § 29 Abs. 1 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 Gesetz vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908), in Verbindung mit §14 Abs. 3 des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz-NatSchAG M-V) vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V S. 66) sowie §5 Abs. 1 Satz 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung – KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. M-V S. 467), und den §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Juli 2021 (GVOBl. M-V S. 1162), hat die Gemeindevertretung Blankensee auf ihrer Sitzung vom 22.02.23 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Schutzgegenstand

- (1) Diese Satzung regelt den Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile der Gemeinde Blankensee nach § 34 Baugesetzbuch. Es werden alle Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 30 Zentimetern (gemessen in einem Meter Höhe vom Boden) als geschützte Landschaftsbestandteile unter besonderen Schutz gestellt. Der Geltungsbereich umfasst die Bäume innerhalb der Gemarkungs- bzw. Flurstücksgrenzen der Gemeinde Blankensee.
- (2) Geschützt sind auch mehrstämmige Bäume, wenn die Summe der Stammumfänge mindestens 50 Zentimeter beträgt und wenn einer der Stämme einen Umfang von mindestens 30 Zentimetern hat.
- (3) Abweichend von Absatz 1 gilt die Satzung ohne Rücksicht auf den Stammumfang für Ersatzpflanzungen nach § 7 Absatz 2 sowie für Bäume, die auf Grund von Festsetzungen in Bebauungsplänen zu erhalten sind oder neu gepflanzt werden.
- (4) Diese Satzung erstreckt sich nicht auf:
 1. Bäume in Baumschulen, Gärtnereien und Obstplantagen, soweit sie erwerbsgärtnerischen Zwecken dienen,
 2. Bewirtschaftete Obstbäume, wobei alle freiwachsenden Wildformen und verwilderten Kulturobstbäume, Walnussbäume und Esskastanien geschützt sind,
 3. Wald im Sinne des § 2 des Landeswaldgesetzes vom 8. Februar 1993 (GVOBl. M-V S. 90), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 23. Februar 1999 (GVOBl. M-V S. 200) sowie in der Feldflur gelegene Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen,
 4. Kleingartenparzellen nach dem Bundeskleingartengesetz, mit Ausnahme von Laubbäumen
 5. Baumgruppen aus mindestens drei räumlich im Zusammenhang stehenden Einzelbäume,

6. Denkmalgeschützte Parke nach dem Denkmalschutzgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 6. Januar 1998 (GVOBl. M-V S. 12) und sonstige Parkanlagen,
 7. Alleen und einseitige Baumreihen gemäß § 27 Landesnaturschutzgesetz sowie Gehölze im Sinne des § 20 Landesnaturschutzgesetz.
- (5) Weitergehende Schutzvorschriften des Naturschutzrechts bleiben von den Bestimmungen dieser Satzung unberührt.

§ 2

Schutzzweck

Der besondere Schutz von Bäumen ist

1. Wegen ihrer Bedeutung für die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere für das Kleinklima und die Luftreinigung, als Lebensraum für zahlreiche geschützte und gefährdete Tierarten,
2. Zur Belebung und Gliederung des Orts- und Landschaftsbildes und
3. Zur Abwehr schädlicher Einwirkungen

erforderlich.

§ 3

Verbote

- (1) Im Geltungsbereich dieser Satzung ist es verboten, geschützte Bäume zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen, ihre Gestalt oder ihr charakteristisches Aussehen wesentlich zu verändern oder ihr weiteres Wachstum zu beeinträchtigen.
- (2) Als Schädigung im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere nachhaltige Störungen des Wurzelbereiches durch folgende Maßnahmen anzusehen:
 1. Befestigung der Bodenfläche mit Asphalt, Beton oder einer anderen Wasser undurchlässigen Decke,
 2. Abgrabungen, Ausschachtungen und Aufschüttungen,
 3. Bodenverdichtungen und Wurzelbeschädigungen, die durch häufiges Befahren oder Parken von Kraftfahrzeugen oder die Lagerung von Materialien sowie durch Viehtritt entstehen könnten,
 4. Lagern, Anschütten und Zuführen von schädigenden Stoffen insbesondere von Ölen, Säuren, Laugen und Düngemitteln sowie von Streusalzen mit Ausnahme der Ausbringung durch den Straßenwinterdienst,
 5. Austreten von Gasen oder anderen schädlichen Stoffen aus Leitungen,
 6. Unsachgemäße Anwendung von Unkrautvernichtungsmitteln, soweit sie nicht für die Anwendung unter Gehölzen zugelassen sind,
 7. Schädigungen durch Veränderungen des natürlichen Wasserhaushaltes.

Als Wurzelbereich bei Bäumen gilt die Bodenoberfläche unter der Krone (Kronentraufe) zuzüglich anderthalb Meter, bei Säulenform zuzüglich des vierfachen Kronendurchmessers nach allen Seiten.

- (3) Als Schädigung des Stamm- und Kronenbereiches von Bäumen im Sinne des Absatzes 1 gelten auch:

1. Die erhebliche Beschädigung des Stammes, der Rinde oder der Äste bei der Pflege der Straßenbankette oder anderen Pflege- und Baumaßnahmen,
 2. Das Anlegen von offenen Feuern auf der Bodenfläche unter der Kronentraufe zuzüglich fünf Metern,
 3. Das Einschlagen von Nägeln oder anderen Fremdkörpern und Befestigungen von Werbeanlagen und Hinweistafeln,
 4. Die Beschädigung der Rinde durch mechanische Einwirkungen.
- (4) Eine verbotene Handlung liegt auch vor, wenn bei Baumaßnahmen gegen Bestimmungen anerkannter und allgemein geltender Richtlinien, wie der DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ und der RAS LP 4 „Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen“ in der jeweiligen geltenden Fassung, verstoßen wird.
- (5) Die Verbote des Absatzes 1 beziehen sich nicht auf:
1. Übliche fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen,
 2. Unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Sie sind dem Bürgermeister der Gemeinde Blankensee im Nachhinein unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Dieser kann nachträgliche Auflagen festlegen.

§ 4

Pflege-, Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen

- (1) Der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstücks hat grundsätzlich das Recht und die Pflicht, die vorhandenen geschützten Bäume in gepflegtem Zustand zu erhalten und rechtzeitig notwendige fachgerechte Pflege- und Schutzmaßnahmen durchzuführen oder durchführen zu lassen. Dabei ist auf wild lebende Tiere Rücksicht zu nehmen (Vogelbruten, Fledermausquartiere, Insektenvorkommen wie z.B. Hornissen, Großer Eichenbock). Beim Vorkommen besonders geschützter oder streng geschützter Tierarten sind die Pflegearbeiten mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Die speziellen Regelungen des Artenschutzrechtes sind zu beachten.
- (2) Dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten eines Grundstückes kann auferlegt werden, bestimmte Pflege-, Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen an geschützten Gehölzen vorzunehmen oder zu dulden, sofern ihm die Durchführung nicht zugemutet werden kann. Insbesondere können solche Maßnahmen angeordnet werden, wenn die Schutzobjekte durch Baumaßnahmen oder ähnliches gefährdet sind.
- (3) Folgende Maßnahme bedürfen ungeachtet des § 5 nur einer Anzeige an den Bürgermeister der Gemeinde Blankensee, wenn die über übliche fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen hinausgehen:
 1. Die Freihaltung von Gehölzen an bestehenden Starkstromleitungen, wenn sie für deren sicheren Betrieb notwendig ist,
 2. Die Freihaltung von Gehölzen an bestehenden Fernmeldelinien, wenn sie zur Verhütung von Betriebsstörungen erforderlich ist,
 3. Die Sicherung des schadlosen Wasserabflusses in Gewässern sowie die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Zustandes wasserwirtschaftlicher Anlagen.

Die Anzeige muss alle zur Beurteilung erforderlichen Angaben, insbesondere zu Ort, Umfang und Zeitpunkt der Maßnahme enthalten.
Der Bürgermeister kann Auflagen erteilen, wenn der Schutzzweck der Satzung beeinträchtigt wird.

§ 5

Ausnahmen und Befreiungen

- (1) Von den Verboten des § 3 ist auf Antrag eine Ausnahme zu erteilen, wenn
1. Der Eigentümer oder ein sonstiger Berechtigter auf Grund von Vorschriften des öffentlichen Rechts verpflichtet ist, geschützte Gehölze zu entfernen oder zu verändern und er sich nicht in anderer zumutbarer Weise von dieser Verpflichtung befreien kann,
 2. Eine nach baurechtlichen Vorschriften zulässige Nutzung sonst nicht oder nur unter wesentlichen Beschränkungen verwirklicht werden kann,
 3. Von einem Baum Gefahren für Personen oder Sachen ausgehen und die Gefahren auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand nicht zu beheben sind,
 4. Geschützte Bäume krank sind und ihre Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses mit zumutbarem Aufwand nicht mehr möglich ist,
 5. Die Bäume die Einwirkung von Licht und Sonne auf Fenster unzumutbar beeinträchtigen. Eine unzumutbare Beeinträchtigung liegt vor, wenn Fenster so beschattet werden, dass dahinterliegende Wohnräume für die gemeinhin dort praktizierten Tätigkeiten während des Tages nur mit künstlichem Licht benutzt werden können,
 6. Die Beseitigung geschützter Gehölze aus überwiegendem, auf andere Weise nicht zu verwirklichendem öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist,
 7. Zur Pflege und Entwicklung von wertvollen Gehölzen unter Berücksichtigung der ökologischen Wirkungen eine Auflichtung des Bestandes erforderlich ist.
- (2) Von den Verboten nach § 3 können auf Antrag in Einzelfällen Befreiungen erteilt werden, wenn
1. Die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall
 - a) Zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würden und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzgesetzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder
 - b) Zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
 2. Überwiegende Gründe des Gemeinwohles die Befreiung erfordern.

§ 6

Verfahren für Ausnahmen und Befreiungen

- (1) Die Erteilung einer Ausnahme oder Befreiung nach § 5 ist bei der Gemeinde Blankensee bzw. bei der Amtsverwaltung Löcknitz-Penkun schriftlich unter Darlegung der Gründe und Beifügung einer Lageskizze zu beantragen. Dabei ist auch der verbleibende Gehölzbestand in einem Radius von 25 m einzureichen.

Der Antrag soll alle für die Beurteilung erforderlichen Angaben, auch zum Standort der Gehölze, enthalten. Insbesondere sind Angaben zu Art und Stammumfang (gemessen in einem Meter Höhe über dem Erdboden) des geschützten Baumes erforderlich.

- (2) Antragsberechtigt sind Eigentümer oder Nutzungsberechtigte mit entsprechendem Nachweis sowie Dritte, soweit sie die Durchsetzung eigener Rechte geltend machen können.
- (3) Über Ausnahmen und Befreiungen entscheidet der Bürgermeister der Gemeinde Blankensee. Die Entscheidung ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter.

§ 7

Nebenbestimmungen und Ersatzpflanzung

- (1) Die Ausnahme oder Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, insbesondere mit der Verpflichtung, bestimmte Schutz- und Pflegemaßnahmen sowie Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen durchzuführen.
- (2) Mit der Ausnahme oder Befreiung soll dem Antragsteller insbesondere auferlegt werden, Gehölze bestimmter Art und Größe grundsätzlich objektbezogen, das heißt auf dem Grundstück, worauf sich die beantragte Ausnahme bzw. Befreiung bezieht, als Ausgleich und Ersatz für entfernte Schutzobjekte zu pflanzen und zu erhalten. Sollte das vom Antragsteller nicht gewollt bzw. aus Platzmangel nicht möglich sein, sind dem Antragsteller vom Bürgermeister andere Standorte und vorrangig öffentliche Grundstücke zuzuweisen.
- (3) Der Umfang der Ersatzpflanzung richtet sich nach dem Stammumfang, dem Vitalitätszustand und der landschaftsökologischen und gestalterischen Funktion des geschützten Baumes.
Hierbei sind folgende Richtwerte zu beachten:

Bei 30 bis 100 Zentimetern Stammumfang des abzunehmenden Baumes sind bis zu 2 Ersatzbäume, bei über 100 bis 150 Zentimetern Stammumfang des abzunehmenden Baumes sind bis zu 3 Ersatzbäume, bei über 150 bis 200 Zentimetern Stammumfang des abzunehmenden Baumes sind bis zu 4 Ersatzbäume und bei über 200 Zentimetern Stammumfang des abzunehmenden Baumes sind bis zu 5 Ersatzbäume mit mindestens 12-14 Zentimetern Stammumfang zu pflanzen.

Der Umfang der Ersatzpflanzung muss angemessen und zumutbar sein.

- (4) Die Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen sind mit einheimischen und standortgerechten Arten auszuführen. Zur Neupflanzung ist ausschließlich Baumschulware zu verwenden. Innerhalb der Ortslagen kann der Bürgermeister die Ersatzpflanzung mit nichteinheimischen Laubgehölzen anerkennen. Die Verpflichtung zur Ausgleichs- und Ersatzpflanzung ist erst dann erfüllt, wenn die Gehölze nach Ablauf von zwei Jahren zu Beginn der folgenden Vegetationsperiode angewachsen sind. Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen auf fremden Grundstücken setzen die schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Pflanzung und Pflege voraus. Sollte während der zweijährigen Entwicklungspflege an der geleisteten Ersatzpflanzung ein Schaden durch Dritte verursacht werden, ist nicht der zum Ausgleich Verpflichtete, sondern der für den Schaden Verantwortliche zur Schadensregulierung heranzuziehen.
- (5) Der Antragsteller kann die Ausgleichs- und Ersatzpflanzung durch die Zahlung eines entsprechenden Geldbetrages (Ausgleichszahlung) an die Gemeinde Blankensee abwenden, wenn die Ausgleichs- und Ersatzpflanzung auf seinem Grundstück nicht möglich ist oder in absehbarer Zeit wieder zu einem Ausnahme- und Befreiungstatbestand führen würde. In diesem Fall setzt der Bürgermeister die Ausgleichszahlung entsprechend der zu fordernden Ausgleichs- und Ersatzpflanzung

fest. Das gilt auch, wenn der Antragsteller seine Verpflichtung nach § 7 Absatz 2 und 3 nicht erfüllt.

Bei der Bemessung der Ausgleichszahlung werden die Beschaffungskosten der Ersatzpflanzungen und eine Pflanz-, Pflege- und Grunderwerbskostenpauschale in Höhe von 30 % der Nettoerwerbskosten berücksichtigt. Zur Ermittlung des Betrages der Ausgleichszahlung sind durch den Bürgermeister für jedes Kalenderjahr 3 vergleichbare Kostenangebote einzuholen.

Die Höhe der Ausgleichszahlung muss angemessen und zumutbar sein.

- (6) Die Einnahmen aus der Ausgleichszahlungsaufgabe sind zur Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und Hecken durch die Gemeinde Blankensee, für die Gewährung von Zuschüssen an Dritte für eine Neupflanzung oder für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Gemeindegebiet zu verwenden. Pflanzungen und Naturschutzmaßnahmen sind spätestens zwei Jahre nach der Geldeinnahme ausführen zu lassen.

§ 8

Folgenbeseitigung

- (1) Wer als Eigentümer oder Nutzungsberechtigter entgegen § 3 ohne Ausnahme oder Befreiung geschützte Bäume entfernt, zerstört, schädigt, ihre Gestalt wesentlich verändert oder ihr weiteres Wachstum beeinträchtigt oder diese Handlung durch Dritte vornehmen lässt oder duldet, ist verpflichtet, nach Maßgabe des § 7 Absatz 2 auf eigene Kosten Ausgleich und Ersatz zu leisten und die sonstigen Folgen der verbotenen Handlung zu beseitigen.
- (2) Hat ein Dritter geschützte Bäume beseitigt, zerstört, geschädigt oder verändert und steht dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten ein durchsetzbarer Schadensersatzanspruch gegen den Dritten zu, treffen den Eigentümer oder Nutzungsberechtigten die Verpflichtungen des Absatzes 1.
- (3) Ist der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte für einen Eingriff im Sinne des Absatzes 1 nicht verantwortlich oder steht ihm ein Schadensersatzanspruch nicht zu, hat er es zu dulden, wenn der Bürgermeister Maßnahmen zu Folgebeseitigung nach Maßgabe von Absatz 1 ergreift.

§ 9

Verwendung von Ausgleichszahlungen

Die nach dieser Satzung zu entrichtenden Ausgleichszahlungen sind an die Gemeinde Blankensee zu leisten. Sie sind zweckgebunden für Ersatzpflanzungen im Gebiet der Gemeinde Blankensee nach Möglichkeit in der Nähe des Standortes der entfernten oder zerstörten Bäume zu verwenden.

§ 10

Betreten von Grundstücken

Die Beauftragten der Gemeinde Blankensee sind berechtigt, nach angemessener Vorankündigung zum Zwecke der Durchführung dieser Satzung Grundstücke zu betreten; sie sind verpflichtet, sich auf Verlangen des Grundstückseigentümers oder

des Nutzungsberechtigten auszuweisen. Sofern Gefahr im Verzug vorliegt, kann auf eine Vorankündigung verzichtet werden.

§ 11

Haftung des Rechtsnachfolgers

Für die Erfüllung der Verpflichtungen nach § 8 haftet auch der Rechtsnachfolger des Grundstückseigentümers und Nutzungsberechtigten.

§ 12

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 2 Ziffer 1 Landesnaturschutzgesetz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. Entgegen § 3 Absatz 1, Absatz 2 Ziffer 1 bis 4 , Absatz 3 Ziffer 1 bis 4 ohne Ausnahme oder Befreiung geschützte Bäume entfernt, zerstört, beschädigt, ihre g Gestalt wesentlich verändert, ihr Wachstum beeinträchtigt oder derartige Eingriffe vornehmen lässt,
 2. Seine Verpflichtungen nach § 4 Absatz 1 oder Absatz 2 nicht nachkommt,
 3. Eine Anzeige nach § 4 Absatz 3 unterlässt oder Freihaltungsmaßnahmen vor Ablauf der Frist nach Eingang der Anzeige durchführt,
 4. Auflagen, Bedingungen oder sonstige Nebenbestimmungen im Rahmen einer nach § 6 erteilten Ausnahme oder Befreiung oder im Rahmen der Anzeigepflicht nach § 4 Absatz 3 nicht erfüllt,
 5. Eine Anzeige nach § 3 Absatz 5 Ziffer 2 unterlässt,
 6. Seinen Verpflichtungen nach § 8 nicht nachkommt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Die Höhe der Geldbuße richtet sich nach § 70 Absatz 1 Nr. 1 Landesnaturschutzgesetz.

§ 13

In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung vom 13.07.2011 außer Kraft.

Blankensee, den 07.03.23


Müller
Bürgermeister



